



# Vom Wert der Gemeinnützigkeit heute

## Parlamentarischer Abend

13. Oktober 2022 | Landtag Mainz



Sehr geehrte Damen und Herren,

am 13. Oktober 2022 veranstaltete der Paritätische Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saarland e.V. seinen vierten Parlamentarischen Abend in Mainz. Wir freuen uns, dass es inzwischen zur guten Tradition geworden ist, diese Veranstaltung dazu zu nutzen, sich mit relevanten Akteuren über die Tagespolitik hinaus über grundlegende sozialpolitische Fragen auszutauschen. Unsere damit verbundene Zielsetzung ist, die gute und konstruktive Zusammenarbeit, gleich ob mit Politik, Verwaltung oder Mitgliedsorganisationen, weiter auszubauen und zu festigen. Kurzum: für uns ist der Parlamentarische Abend ein wichtiger Bestandteil der politischen Kommunikation – sowohl als Interessenvertreter der uns angeschlossenen gemeinnützigen Mitgliedsorganisationen als auch in unserer sozialanwaltschaftlichen Funktion.

Wir haben uns im Rahmen dieses Parlamentarischen Abends mit dem Thema Gemeinnützigkeit auseinandergesetzt – ein Thema, dass für den Paritätischen in mehrerlei Hinsicht konstitutiv ist:

Erstens: wir sind Dachverband für gemeinnützige Organisationen und die Gemeinnützigkeit ist für uns und unsere Mitglieder eines der zentralen und verbindenden Merkmale.

Zweitens: die Gemeinnützigkeit drückt eine bestimmte Wertehaltung aus; abseits von Gewinnmaximierung und als Ausdruck von zivilgesellschaftlicher Verortung. Sie steht für solidarisches Handeln und die Einbindung sowie als Katalysator von freiwilligem Engagement und Ehrenamt. Das heißt Gemeinnützigkeit betrifft im Grunde alle Menschen: sei es als Engagierte, Arbeitnehmer\*innen oder als Nutzer\*innen von den Leistungen, die gemeinnützige Organisationen erbringen.

Drittens: der steuerliche Status der Gemeinnützigkeit bringt bestimmte Rechte – aber genauso auch Pflichten mit sich. Gemeinnützige Organisationen dürfen zwar in begrenztem Umfang Gewinne erwirtschaften (und das müssen sie auch!), müssen diese aber in jedem Fall wiederum in gemeinnützige Zwecke investieren. Anders ausgedrückt: jeder Euro, der in gemeinnützige Organisationen fließt, ist immer der gemeinnützigen Zweckverwirklichung gewidmet und jegliche Förderung, die an gemeinnützige Organisationen geht, kommt wieder der Gesellschaft zugute.



Das ist ein Umstand, der zwar steuerrechtlich eindeutig ist – aber im täglichen Miteinander leider allzu oft in Vergessenheit gerät.

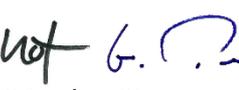
Und schließlich viertens: gemeinnützige Organisationen sind häufig von und mit Betroffenen gegründet worden und sichern Partizipation und Teilhabe nicht nur mit ihrer Arbeit, sondern auch in ihrer Arbeit. Anders ausgedrückt: gemeinnützige Organisationen sind die Experten in ihren jeweiligen Themenbereichen und haben einen besonderen Anspruch, eine besondere Verantwortung und eine besondere Legitimation für das, was sie tun.

Das sind zentrale Merkmale von Gemeinnützigkeit, die uns dazu bewogen haben, dieses Thema für den Parlamentarischen Abend zu setzen. Und diese Aspekte spiegeln sich auch in unserer täglichen Arbeit in Rheinland-Pfalz: wenn über die Gestaltung von sozialen Leistungen gesprochen und entschieden wird, wenn mit spitzer Feder Entgeltverhandlungen oder sonstige Verhandlungen geführt werden und wenn es darum geht, wie wir gemeinsam Engagement fördern und Engagement würdigen.

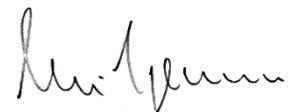
Wir haben uns sehr gefreut, dass wir mit Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter Sozial- und Europapolitik beim Paritätischen Gesamtverband, einen ausgewiesenen und bundesweit anerkannten Experten für das Thema Gemeinnützigkeit für einen Impulsvortrag gewinnen konnten. Sein Referat sowie die Einordnung des Themas aus Sicht des Paritätischen Rheinland-Pfalz/Saarland durch unsere stv. Landesgeschäftsführerin Regine Schuster sind Gegenstand dieser Dokumentation.

Wir versprechen Ihnen eine spannende Lektüre und würden uns freuen, wenn wir weiterhin mit Ihnen zu diesem zentralen Thema im Austausch bleiben könnten.

Mit besten Grüßen

    
Gaby Schäfer | Wilbert Peifer | Dr. Armin Kuphal

(Für den Vorstand)

  
Michael Hamm

(Für die Landesgeschäftsführung)

# Vom Wert der Gemeinnützigkeit heute

Rede zum Parlamentarischen Abend des Paritätischen  
Rheinland-Pfalz | Saarland in Mainz am 13. Oktober 2022

**Dr. Joachim Rock**  
Paritätischer Gesamtverband



Unsere Zeit gilt als Zeit „multipler Krisen“, mit und zu Recht: die Klimakrise schreitet voran, die Pandemie hat sich längst zu einer globalen Dauerkrise entwickelt, der verheerende russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die internationale Ordnung in eine massive Krise gestürzt, die Verwundbarkeit der globalen Lieferketten offengelegt und Energie- und Inflationskrisen bewirkt. So ist einmal mehr die soziale Verwundbarkeit zutage getreten, die große Teile der Bevölkerung, aber auch die sozialen Dienste und Einrichtungen betrifft.

„Wenn es nicht für alle reicht, springen die Armen ein“, formulierte der Autor des Prinzips Hoffnung, Ernst Bloch.



In der praktischen Sozialen Arbeit in der Wohlfahrtspflege sehen wir Tag für Tag, dass die Krise gerade die am härtesten trifft, denen es an Notwendigem fehlt. Über zwei Millionen Menschen nehmen regelmäßig die Unterstützung der Tafeln wahr, nicht selten werden sie von öffentlichen Stellen darauf verwiesen. Diese sichtbare Verwundbarkeit täuscht jedoch noch über das tatsächliche Ausmaß sozialer Verwundbarkeit in der Bevölkerung hinweg. 40 Prozent der Bevölkerung haben kein Vermögen, fast jede(r) Dritte kann unvorhergesehene Ausgaben von 1.150 Euro und mehr nicht stemmen. Menschen in der Grundsicherung werden von den steigenden Preisen besonders hart getroffen, vor allem durch die gestiegenen Stromkosten, die ebenso aus dem Regelsatz beglichen werden müssen wie gestiegenen Preise für Dinge des täglichen Bedarfs – und das mit einer Regelsatzanpassung von nur drei Euro zusätzlich pro Erwachsenen zu Beginn dieses Jahres.

In dieser Situation sind soziale Anker von Bedeutung, die verhindern, dass die Gesellschaft in alle Richtungen auseinanderdriftet. Die gemeinnützigen Gesundheits- und Sozialdienste erfüllen diese Ankerfunktion. Nach über zwei Jahren der Pandemie, angesichts von steigender Nachfrage der Betroffenen und konfrontiert mit laufenden Kostensteigerungen einerseits und einem stetig weiterwachsendem Fachkräftemangel andererseits, sind sie selbst überaus verwundbar geworden.

Im Paritätischen haben wir in diesem Monat eine Umfrage zu den Auswirkungen der Kostensteigerungen auf Einrichtungen und Dienste im Verband unternommen. Sie erfolgte bundesweit, über alle Arbeitsfelder der Wohlfahrtspflege hinweg, und näherte sich in 18 Fragen der Situation unserer Mitglieder. Über 1.300 Rückmeldungen erhielten wir in dem zweiwöchigen Umfragezeitraum. In besseren Zeiten wäre eine solche Teilnahmezahl ein Erfolg, heute ist sie vor allem ein Alarmsignal. Einige Ergebnisse der Umfrage möchte ich heute teilen:

- Die Energiepreissteigerungen sind keine abstrakte Möglichkeit bei auslaufenden Verträgen, sie sind schon da oder stehen kurz bevor: 75 Prozent aller Rückmeldungen sind spätestens im Januar 2023 betroffen.
- Die Preissteigerungen sind erheblich: ein Viertel meldet Strompreissteigerungen um den Faktor 1,5, bei einem Drittel der Einrichtungen erfolgt eine Verdoppelung der Stromkosten, ein Fünftel meldet mindestens eine Verdreifachung der Stromkosten.



- Die Gaspreise erhöhen sich bei einem Drittel der Einrichtungen um das Doppelte, bei 40 Prozent mindestens um das Dreifache.
- Ein Viertel der Organisationen gibt an, ihre Angebote unter diesen Bedingungen weniger als sechs Monate aufrechterhalten zu können, viele andere sehen ihre Situation mit großer Ungewissheit.
- 80 Prozent der Organisationen geben an, nach den Jahren der Pandemie über keine Kompensationsmöglichkeiten mehr zu verfügen. 90 Prozent äußerten, die Preissteigerungen nicht an die betroffenen Menschen weitergeben zu können.
- Drei Viertel der Organisationen meldeten, dass ihnen die Mittel fehlten, um in Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen zu investieren. Es fehlt ihnen an Gestaltungsmöglichkeiten, sie sind den Entwicklungen ausgeliefert.

Gemeinnützige Unternehmen trifft das besonders. Sie dürfen nur in begrenztem Umfang Rücklagen bilden und müssen diese zeitnahen, satzungsgemäßen Zwecken zuführen. Große Reserven für Zeiten mehrfacher Krisen sind da nicht drin. Die Umfrage zeigt, dass gemeinnützige soziale Dienste besonders verwundbar sind. Dabei ist es gerade ihre Arbeit, die besonders häufig vor Ort, nah an den Menschen und ihren Problemen erbracht wird und die in mehrfacher Hinsicht besonders wertvoll ist. Gemeinnütziges Handeln ist gerade in der Krise besonders gefährdet, aber auch besonders wertvoll. Aber was macht grundsätzlich den besonderen Wert der Gemeinnützigkeit heute aus? Schauen wir dazu auf die Wertschöpfung in der Freien Wohlfahrtspflege und die Wertschätzung der Freien Wohlfahrtspflege.

## **Zur Wertschätzung Freier Wohlfahrtspflege heute**

Das Risiko einer sich in der globalisierten Welt ausbreitenden Krankheit wurde mit der Corona-Pandemie einmal mehr Realität. Mit der rasanten Entwicklung der Pandemie veränderte sich dabei die Perspektive, auch auf die sogenannten systemrelevanten Tätigkeiten. Systemrelevant, das war bis dahin ein Begriff, der für die Finanzwelt reklamiert wurde. Auf den Seiten der BAFIN findet man noch heute Listen von sog. systemrelevanten Instituten, alles Banken und Finanzdienstleister. In der Pandemie wurde dann – wie überraschend! – deutlich, dass es Menschen sind, die tatsächlich systemrelevant sind.



Häufig sind es dabei gerade die, die nicht als systemrelevante Personen bezahlt oder wertgeschätzt wurden. Die arbeiteten in vielen Bereichen, aber vor allem in den Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufen. Zu Beginn der Pandemie bestand deshalb bei vielen nicht nur die Hoffnung, sondern die Erwartung, dass die Pandemie zu einer neuen Wertschätzung all dieser Bereiche führen würde und der Applaus von den Balkonen nur den Anfang einer größeren Wertschätzung sein würde, nicht nur deren vorläufiger Höhepunkt.

Wie es tatsächlich um die Wertschätzung steht, zeigt beispielsweise der Pflegebonus für Beschäftigte in Krankenhäusern und Altenhilfe. Abschließend beschlossen wurde er nach langer Debatte erst im Juni 2022. Ausgezahlt werden die maximal 550 Euro für einen vollzeitbeschäftigte Pflegekraft erst deutlich später, vielleicht bis zum Jahresende. Wir sehen: Systemrelevanz wird sehr unterschiedlich wertgeschätzt. Einmal mehr zeigt sich, dass selbst eine globale Pandemie noch nicht bewirkt, dass organisierte Unverantwortlichkeit der verantwortungsvollen Organisation der Risikovorsorge weicht. Die Debatten laufen, als wüssten wir es nicht besser, als könnten wir es nicht besser wissen. Noch im Sommer 2019 hatte die Bertelsmann Stiftung empfohlen, von 1400 Kliniken deutschlandweit 800 zu schließen. Wie die Pandemie verlaufen wäre, wenn diese Forderung umgesetzt worden wäre, kann und mag man sich nicht vorstellen, aber schon längst wird die Forderung erneuert. Wieder wird wieder über die Rente mit 70 diskutiert, obwohl klar ist, dass Beschäftigte in den Sozial- und Gesundheitsdiensten so stark belastet sind, dass sie regelmäßig vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Angesichts des demographischen Wandels brauchen wir mehr Fachkräfte denn je, aber welchen jungen Menschen will man dafür gewinnen, mit der Aussicht auf ein Arbeitsleben mit vergleichsweise geringen Einkommen, mangelnder Wertschätzung und der Perspektive, erschöpft und ausgebrannt vorzeitig mit Abschlägen in Renten gehen zu müssen?

## **Wertschöpfung**

Der Mangel an Wertschätzung ist frappierend, besonders wenn man auf die Wertschöpfung blickt. Unser gesamtes Wirtschaften beruht darauf, dass unbezahlte Sorgearbeit geleistet wird, die den Umfang und das Ausmaß von Erwerbstätigkeit überhaupt erst ermöglicht. Wie groß der Umfang unbezahlter Arbeit ist, zeigen einzelne Zweitverwendungserhebungen. Ein konkreter Blick darauf lehrt: Private Haushalte wendeten im Jahr 2013 für die unbezahlte Arbeit 35 % mehr an Zeit auf



als für die bezahlte Erwerbsarbeit.<sup>1</sup> Anfang der 1990er-Jahre waren es sogar fast 50 % mehr. In der regelmäßigen Wirtschaftsberichterstattung ist die unbezahlte Arbeit jedoch nicht enthalten. Um die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen umfassend abzubilden, darf die unbezahlte Arbeit aber nicht ausgeblendet werden. Selbst bei einer vergleichsweise vorsichtigen Bewertung beträgt der Wert der unbezahlten Arbeit damit etwa ein Drittel der im Bruttoinlandsprodukt ausgewiesenen Bruttowertschöpfung – aber sie taucht trotzdem nicht auf.

Diese Arbeit ist in der Theorie kostenlos, aber das heißt nicht, dass niemand dafür zahlen würde. Den Preis zahlen diejenigen, die diese Arbeit leisten, und das sind in erster Linie Frauen. Wenn man auf die Höhe der Renten von neu in Rente gehenden Menschen in Westdeutschland schaut, dann stellt man fest, dass die durchschnittliche Zugangsrente bei Männern 768 Euro beträgt. Bei Frauen sind es sogar noch weniger, 522 Euro. Diese geschlechtsspezifische Rentenlücke zeigt, wie hoch der Preis ist, den mehrheitlich Frauen dafür zahlen. Wenn wir uns kritisch mit der mangelnden Wertschätzung von Sorgearbeit und von Wohlfahrtspflege beschäftigen wollen, müssen wir deshalb auch die Wertschöpfung in den Blick nehmen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein gewaltiger Paradigmenwechsel bei der Bewertung dessen, was buchstäblich als „wertvoll“ betrachtet wird, vollzogen. Galten Banken und andere Finanzdienstleister noch bis in die 1970er Jahre als unproduktiv, wurden sie nun als Produktivkräfte beschrieben und als solche neu in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufgenommen. Damit wurde eine folgenreiche Täuschung vollzogen, denn welchen Beitrag leistet etwa der Hochfrequenzhandel oder die Konstruktion einer Collateralized Debt Obligation (CDO) – der Stoff, aus dem Finanzkrisen sind – zum Gemeinwohl? Trotzdem ist es dieser wertabschöpfende Sektor, der mit seinen Renditeerwartungen die Spielregeln auch für die wertschöpfenden Sektoren bestimmt. Diese Art der Betrachtungsweise führt auch dazu, dass der Stellenwert gerade der gemeinwohlorientierten Sorgearbeit auf den Kopf gestellt wurde. Während Finanzdienstleistungen als „produktive“ Arbeit das Bruttosozialprodukt steigern, werden unbezahlte Care-Arbeit gar nicht und öffentliche Dienste und personenbezogene Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen nur mit ihrem Kostenanteil mitgerechnet, ohne dass ihnen irgendeine Wertschöpfung

---

<sup>1</sup> Schwarz, Norbert/ Schwahn, Florian (2016): *Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte. Bewertung und Vergleich mit gesamtwirtschaftlichen Größen*, in: WISTA – Wirtschaft und Statistik, 2/2016, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden, S. 35-51. Stand: April 2016. URL: [https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2016/02/unbezahlte-arbeit-022016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile,%2015.09.2022.\[Stand 15.09.2022\].](https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2016/02/unbezahlte-arbeit-022016.pdf?__blob=publicationFile,%2015.09.2022.[Stand 15.09.2022].)

zugesprochen wird. Mit Albert Einstein: Nicht alles, was zählt, kann gezählt werden. Und nicht alles, was gezählt werden kann, zählt.

Wir brauchen deshalb einen Perspektivenwechsel. Die Wertschöpfung der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege muss sich künftig auch in einer deutlich größeren Wertschätzung abbilden. Um den Wert der Wohlfahrt heute zu illustrieren, möchte ich drei Aspekte besonders hervorheben:

## **Begrenzung privater Profite im Sozial- und Gesundheitswesen**

Wir erleben international den Widerspruch zwischen gewachsenen Bedarfen nach finanziellen Mitteln einerseits und andererseits einem Übermaß an Finanzmittel, das auf Suche nach Rendite als „Risikokapital“ um die Welt vagabundiert. Weiterwachsende Klinikkonzerne locken Anleger mit Renditen von zehn Prozent und mehr. Dass im Bereich der Alten- und Pflegeheime private Investoren inzwischen ganze Pflegeheimketten zusammenkaufen und die gesamte stationäre professionelle Altenpflege zum Spielball von Profitinteressen wurde, ist auch bekannt. Jedes Jahr geht es um den großen Kuchen von 23 Milliarden Euro in der stationären und elf Milliarden Euro in der ambulanten Pflege. Wirtschaftsberater kommen ins Schwärmen (aus einem Artikel): „Nach wie vor sehr gefragt ist das Segment Pflege. Das Jahr 2020 markiert ein Allzeithoch bei Fusionen und Übernahmen von stationären Einrichtungen. Der Wert der Transaktionen lag bei 3,4 Milliarden Euro und war damit so hoch wie nie zuvor.“<sup>2</sup>

Wenig überraschend sind es nicht die gemeinnützigen, gemeinwohlorientierten Dienste, deren Anteile hier vergrößert werden. Das ist fatal, denn die versprochenen Renditen kommen nicht aus dem Nichts, für sie zahlt jemand einen Preis. Die Beschäftigten etwa durch zu niedrige Löhnen, die Pflegebedürftigen durch eine zu schlechte Versorgungsqualität und wir alle durch eine ausgedünnte und vernachlässigte Infrastruktur. Ein Beispiel dafür sind Medizinische Versorgungszentren (MVZ). Nach Daten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung waren Ende 2020 insgesamt 23.640 Ärztinnen und Ärzte in MVZ beschäftigt, 21.976 davon als Angestellte. Etwa ein Fünftel der MVZ gehört Finanzinvestoren. MVZ orientieren sich an den Polikliniken in der damaligen DDR und sind eine grundsätzlich wünschenswerte Einrichtung, weil dort Ärzte und andere

---

<sup>2</sup> Quelle: Frankfurter Rundschau vom 23.05.2022, im Internet: <https://www.fr.de/panorama/gute-rendite-statt-guter-medizin-91544368.html> .

Gesundheitsfachkräfte unter einem Dach gemeinsam an der Versorgung der Bevölkerung arbeiten, selbständig oder angestellt, in Vollzeit oder Teilzeit, fachgleich oder fachübergreifend. Ab 2004 konnten diese MVZ wieder eingeführt werden, wenn sie an Kliniken angeschlossen waren. Ein Schlaflabor mit vier Betten in der Nähe meiner nordhessischen Heimat etwa wurde unter diesen Bedingungen zum Träger von 150 MVZ in ganz Deutschland. Der Hauptzweck solcher Konstruktionen ist das Erwirtschaften von Gewinn. Gesundheit mag eine Ware sein, aber wenn sie zum Objekt des Finanzkapitalismus wird, dann wird sie dennoch so behandelt. Eine Kette von etwa 200 vorwiegend augenärztlichen MVZ wurde im vergangenen Jahrzehnt von vier verschiedenen Besitzern gehandelt und ging zuletzt Ende 2021 an den Pensionsfonds kanadischer Lehrer, für etwa 2 Milliarden Euro und einer jährlichen Gewinnerwartung von 125 Millionen Euro. Das illustriert, wieviel Rendite aus jeder einzelnen Einrichtung gezogen werden soll. Diese Renditen fallen nicht vom Himmel, jemand zahlt dafür einen Preis. Der 126. Deutsche Ärztetag im Mai 2022, der nicht als umstürzlerische Organisation bekannt ist, macht sich bereits Sorgen um die Versorgungsqualität in Deutschland. Um Transparenz für Patientinnen und Patienten zu erreichen, so verlangt er, solle künftig auf dem Praxisschild die Trägerschaft vermerkt sein, quasi als Hinweis auf Risiken und Nebenwirkungen. Ursache dafür sei der wachsende Anteil von börsennotierten Unternehmen und Private-Equity-Konstrukten an MVZ, die die Versorgungsqualität bedrohe.

Man könnte das ganz einfach unterbinden, wenn MVZs beispielsweise der Gemeinnützigkeit unterliegen würden. Eine Entnahme von 125 Millionen Euro zu privaten Zwecken wäre dann nicht mehr möglich. Mit einer derart kleinen Gesetzesänderung wäre diesem Spuk ein Ende gesetzt. Deshalb betreibt der Paritätische in diesem Jahr seine Kampagne mit dem Motto „Vorfahrt für Gemeinnützigkeit“.

Wir brauchen eine andere Art von Wirtschaft, eine Ökonomie, in der das Gemeinwohl wieder den obersten Stellenwert hat. Den Wert der Wohlfahrt und von Sorgearbeit müssen wir neudefinieren. Es ist inakzeptabel, dass beispielsweise ein Unternehmen wie Uber als innovativ gilt, obwohl sich dahinter nicht viel mehr verbirgt als hinter der Idee eines Taxis, nur eben ohne sichere Arbeitsverhältnisse, tarifliche Entlohnung und hohe Leistungsstandards. Vor solchen „Innovationen“ müssen sich die Wohlfahrtsverbände nicht verstecken und der Paritätische erst recht nicht.

Dieses gemeinnützige Handeln ist kein Selbstzweck, es muss sich stets am Menschen ausrichten. Im Gesundheitswesen und in der Pflege haben wir es nicht mit dem „König“-Kunde oder dem souverän wählenden Verbraucher zu tun, der zwischen verschiedenen Angeboten wählt. Im Gegenteil: der oder die Einzelne ist aufgrund von Krankheit oder der Bestimmungsmacht der Anbieter häufig ausgeliefert, zwischen mangelnden Angeboten und Anbieterdominanz. Deshalb ist es auch so wichtig, für das „sozialrechtliche Dreieck“ zu streiten, das den Individuen Wahlfreiheit ermöglicht. Die Wohlfahrtspflege ist viel wettbewerbler orientiert, als sie häufig selbst glaubt. Ein Wert der Wohlfahrt ist, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen wählen können. Gemeinnützige Organisationen leisten das. Sie sorgen dafür, dass keine Profite zu Lasten der Klienten oder Beschäftigten gemacht werden. Sie eröffnen Wahlmöglichkeiten und halten Angebote vor, die der Homo oeconomicus der ökonomischen Theorie nicht immer unterhalten würde. Der Paritätische will die Selbsthilfe und Beteiligungsmöglichkeiten der Betroffenen konsequent stärken. Unsere Aufgabe liegt im Grundsatz, nicht im Umsatz<sup>3</sup>. Das ist ein doppeltes Mandat und eine doppelte Verpflichtung.

## **Freie Wohlfahrtspflege fördert Nachhaltigkeit und Klimaschutz**

Zu den grundsätzlichen Herausforderungen zählen zuvorderst auch der Schutz und die Wiederherstellung unserer ökologischen Lebensgrundlagen. Die Folgen von rücksichtsloser ökologischer Ausbeutung und Umweltverschmutzung sind nicht nur mess- und zählbar, sondern auch ganz praktisch spürbar. Aber auch 50 Jahre nach dem Bericht des Club of Rome über „Die Grenzen des Wachstums“ hat Klimaschutz noch nicht den Stellenwert, den er benötigt. Längst ist das Wort vom „Kipppunkt“ im Raum, beschrieben als ein Punkt, bei dessen Überschreitung gravierende Veränderungen unumkehrbar werden.

Wir wissen nicht, wo dieser Kipppunkt ist, aber die Gefahr, heute am Abgrund zu stehen und morgen schon einen Schritt weiter zu sein, ist real.

Freie Wohlfahrtspflege hat auch hier das Potential einen riesigen Beitrag dazu zu leisten, Klimaschutz bundesweit zu etablieren. Neben dem Staat ist es allein die Freie Wohlfahrtspflege, die in der gesamten Fläche der Republik verankert ist.

---

<sup>3</sup> Vgl. Ulrich Schneider (2014): *Mehr Mensch! Gegen die Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main S. 131ff.

Ladesäulen zur Förderung von Elektromobilität, Solaranlagen und ressourcenschonende Techniken zum ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt lassen sich mit und über Wohlfahrtspflege breit skalieren. Dafür braucht es staatliche Hilfen, aber auch die wären gut investiert.

Es ist längst nicht selbstverständlich, dass sich soziale Dienstleister auf den Weg machen, ihre Prozesse nachhaltig zu gestalten. Für die gemeinnützige Wohlfahrtspflege gilt das aber „natürlich“ im wahrsten Sinne des Wortes. Der Paritätische betreibt deshalb auch eine enge, bereichsübergreifende Bündnispolitik, gerade zur Sicherung der Nachhaltigkeit. Dazu arbeiten wir vertrauensvoll und eng mit dem BUND zusammen. Mit der gemeinsamen „Zukunftsagenda für die Vielen“<sup>4</sup> haben wir dazu ein ganzes Programm für den sozial-ökologischen Umbau entwickelt. Die wesentlichen Punkte sind:

1. Die naturverträgliche Energierevolution.
2. Eine nachhaltige Mobilität für alle.
3. Eine soziale und ökologische Agrar- und Ernährungswende.
4. Soziale Sicherheit für die Transformation.
5. Einen starken Naturschutz.
6. Weniger Ressourcenverbrauch und eine gerechtere Gesellschaft.
7. Wohnen und Boden in Gemeinschaftshand.
8. Eine gute Pflege und Gesundheitsversorgung für alle.
9. Internationale Solidarität und die Einhaltung von Menschenrechten.

In erster Linie gilt es, Leistungen regional und bürgernah organisieren zu helfen. Wer wäre da besser geeignet, als die gemeinnützigen sozialen Dienste vor Ort.

---

<sup>4</sup> Der Paritätische Gesamtverband: *Eine Zukunftsagenda für die Vielen*, Berlin 2021. URL: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/eine-zukunftsagenda-fuer-die-vielen/> [Stand: 15.09.2022].

# Freie Wohlfahrt stärkt Zusammenhalt und fördert Partizipation und Demokratie

Wohlfahrt ist wie wenige sonst in der Lage, durch die Förderung von Partizipation und sozialer Teilhabe Demokratie und Zusammenhalt in der Fläche zu stärken. Kein anderer Akteur in Deutschland verfügt über ein derart fein gewobenes, leistungsfähiges Netzwerk von sozialen Diensten und Initiativen im ganzen Land, wie die Wohlfahrtspflege. In den gut 11.000 Gemeinden Deutschlands bieten etwa 30.000 gemeinnützige Organisationen soziale Leistungen in knapp 120.000 Diensten und Einrichtungen an, von der Kindertagesstätte über das Altenpflegeheim, vom Flüchtlingsheim bis zur Schuldnerberatung, vom Krankenaus zum Weiterbildungsträger, von Selfkant bis Sonthofen, von List bis Neißeaue. Sie ist auch dort, wo der Staat sie nicht leisten kann und gewerbliche Anbieter sie nicht leisten wollen. Mit über drei Millionen Freiwilligen und Ehrenamtlichen wird dabei ein unschätzbare Beitrag zum sozialen Zusammenhalt geleistet. Freiwilliges Engagement gibt es nicht in gewerblichen und nur selten in staatlichen Strukturen, sondern primär in gemeinnützigen Organisationen.

Für die Selbstorganisation und die Förderung der Partizipation von Nutzer\*innen hat die Wohlfahrtspflege, in der der Verein weiter die wichtigste Rechtsform darstellt, auch eine zentrale Bedeutung. In der Sozialwirtschaft ist der Verein heute nicht immer hoch angesehen. Dieser erfährt ebenfalls einen Mangel an Wertschätzung, gilt als veraltet, wenig flexibel und leistungsfähig. Aber stimmt das wirklich? Wir sind hier in Mainz, und auf der Zugfahrt hierher, habe ich natürlich auch einen Blick in den Sportteil meiner Tageszeitung geworfen. Dort folgt das Sportressort nahtlos auf den Wirtschaftsteil, nicht überraschend, da auch der Profifußball längst zu einem bedeutenden Business geworden, in dem Investmentfonds riesige Summen investieren und Aktiengesellschaften ehemalige Vereine übernommen haben. In der Bundesliga mit ihren 18 Mannschaften gibt es nur noch drei, die als Vereine organisiert und gesteuert werden. Können die trotzdem mithalten oder sind diese vom Abstieg bedroht? Die Antwort ist: Auf dem ersten Platz der Tabelle, vor München, Leverkusen, Dortmund oder Leipzig etwa, steht ein kleiner Verein aus dem Breisgau, der SC Freiburg. Direkt dahinter steht die zweite Vereinsmannschaft, die diesen Titel noch verdient: Union Berlin. Der dritte und letzte „echte“ Verein in der Bundesliga findet sich etwas dahinter, auf Tabellenplatz 11. Das ist derzeit der SV Mainz 05.



Ganz so schlecht scheint es um die Leistungsfähigkeit des Vereins nicht bestellt zu sein. Und das kommt nicht von ungefähr, denn die genannten Vereine stehen für eine besondere Spiel- und Fankultur, für Solidität und Kontinuität. Nicht trotz, sondern weil sie in den Vordergrund stellen, den Menschen zu bewegen, nicht nur Profit. Und auch da sind wir wieder bei unserem Thema.

Da soziale Dienstleistungen in Koproduktion zwischen Dienstleister und Nutzer\*in erbracht werden, kommt deren Perspektiven und Interessen ein besonders hoher Stellenwert zu. Ein erheblicher Teil der Angebote wird deshalb direkt durch Selbsthilfeorganisationen erbracht oder zumindest mitgeprägt, was die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Organisationen immer wieder gefordert, aber vor allem gefördert hat. Beteiligung, wie sie in anderen Wirtschaftsbereichen erst erlernt wird, wird in den gemeinnützigen Organisationen viel stärker praktiziert. Die Wohlfahrtspflege allgemein und der Paritätische zumal organisieren so die hunderttausendfache Erfahrung von Selbstwirksamkeit und sie wirken damit nicht zuletzt als Schulen demokratischer, öffentlicher Beteiligung.

Wir stehen gemeinsam vor großen Herausforderungen, aber wir wissen um die Potentiale gemeinsamen Handelns, insbesondere des gemeinsamen gemeinnützigen Engagements. Schon oft hatten wir Situationen, die nur mit den Ressourcen der Wohlfahrt zu bewältigen waren, ob jüngst in der Pandemie, mit den Hilfen für geflüchtete Menschen oder bei der Bewältigung von Flutkatastrophen. Es ist nicht egal, wie wir Leistungen organisieren. Deshalb ist es nicht egal, wer die Leistungen organisiert. Gemeinnützigkeit und Subsidiarität sind Wegweiser, wie die Zukunft gesichert werden kann. Optimistisch ist, dass diese Ansicht Schule macht. Erstmals nach vielen Jahren ist die Förderung speziell des gemeinnützigen Handelns prominent im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert, mit der Förderung der Wohngemeinnützigkeit. Weitere Bereiche müssen und werden folgen, denn: In die Organisationen und Leistungen der Wohlfahrtspflege zu investieren, zahlt sich aus. Das können wir uns nicht nur leisten, wir müssen es sogar, wenn wir die multiplen Krisen bewältigen wollen. Mit den Worten eines großen Gründers und Gestalters Freier Wohlfahrtspflege, Johann Hinrich Wicherns: Das Geld ist da, es ist nur nicht hier.

Soziale Verhältnisse sind gestaltbar. Das geht gemeinsam am besten. In Rheinland-Pfalz haben sie das erkannt, die mehrfach ausbuchstabierte Anerkennung der Bedeutung von Land, Kommunen und Freier Wohlfahrtspflege ist hier nicht Theorie, sondern Programm und Praxis. Der Gründer einer großen Paritätischen Mitgliedsorganisation, Hermann Gmeiner, hat einst formuliert: Alles Große entsteht stets, weil jemand mehr tut, als er muss.



Die Gemeinnützigkeit hat dieses Prinzip institutionalisiert. Deshalb müssen wir Subsidiarität einfordern und Gemeinnützigkeit fördern, durch Politik und Recht, in Wirtschaft und Gesellschaft und über Grenzen hinweg brauchen wir Vorfahrt für Gemeinnützigkeit.

# Zusammenfassende Schlussfolgerungen durch Regine Schuster (stv. Landesgeschäftsführerin)

## Wir haben gehört:

Gemeinnützigkeit drückt eine bestimmte Werthaltung aus: abseits von Gewinnmaximierung und als Ausdruck von zivilgesellschaftlicher Verortung, solidarischem Handeln und der Einbindung und als Katalysator von freiwilligem Engagement und Ehrenamt.

Das Paritätische Ideal von Gemeinnützigkeit basiert auf diesem Subsidiaritätsgedanken, den verbandlichen Prinzipien von Toleranz, Offenheit und Vielfalt, unserer Vorstellung von sozialer Arbeit als menschenrechtsorientierte Praxis mit klarer Haltung und unserem Selbstverständnis als Akteur der Zivilgesellschaft.

Der steuerliche Status der Gemeinnützigkeit bringt bestimmte Rechte – aber genauso auch Pflichten mit sich. Gemeinnützige Organisationen dürfen zwar in begrenztem Umfang Gewinne erwirtschaften, müssen diese aber in jedem Fall wiederum und auch zeitnah in gemeinnützige Zwecke investieren.

Dieser Umstand ist auch gerade jetzt angesichts der Energiekrise zu berücksichtigen, da hier nicht auf große Rücklagen bei gemeinnützigen Trägern zurückgegriffen werden kann, sondern staatliche Hilfe dringend erforderlich sein wird.

Das heißt auch, jeder Euro, der in gemeinnützige Organisationen fließt, ist immer der gemeinnützigen Zweckverwirklichung gewidmet und jegliche Förderung, die an gemeinnützige Organisationen geht, kommt wieder der Gesellschaft zugute. Diesen Grundsatz sollten auch Prüf- und Aufsichtsbehörden im Blick haben, und nicht den leider eher verbreiteten Blick der Unterstellung und des Misstrauens, ob auch die dritte Stelle nach dem Komma nachweislich belegt ist.

Gemeinnützige Organisationen sind vom Grundsatz her immer dem Gemeinwohl verpflichtet und damit eine tragende Säule der Gesellschaft.

Gemeinnützige Organisationen sind häufig von und mit Betroffenen gegründet worden und sichern Partizipation und Teilhabe nicht nur mit ihrer Arbeit, sondern auch in ihrer Arbeit. Anders ausgedrückt: gemeinnützige Organisationen sind die Experten in ihren jeweiligen Themenbereichen und haben einen besonderen Anspruch, eine besondere Verantwortung und eine besondere Legitimation für das, was sie tun.

In besonderer Weise kommt dies auch in der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe zum Ausdruck, die ja selbst als vierte Säule des Gesundheitswesens verstanden wird.



Diese zentralen Merkmale von Gemeinnützigkeit spiegeln sich auch in unserer aller täglichen Arbeit hier in Rheinland-Pfalz: wenn über die Gestaltung von sozialen Leistungen gesprochen und entschieden wird, wenn mit spitzer Feder Entgeltverhandlungen oder Nachweisprüfungen erbracht werden oder wenn es darum geht, wie wir gemeinsam Engagement fördern und würdigen.

Damit sich die Wirkung von Gemeinnützigkeit und von gemeinnützigen Organisationen aber auch entfalten kann, braucht es Rahmenbedingungen.

Ganz wichtiger Faktor ist Vertrauen. Gemeinnützige Träger brauchen Vertrauen. Was sie nicht brauchen, sind überdimensionierte administrative Vorgänge und zeitintensive bürokratische Abwicklungen.

Gemeinnützige Organisationen brauchen daher Bedingungen, zu denen sie ihre satzungsgemäßen Aufgaben erfüllen können und diese sind in der Mehrheit gesellschaftliche soziale Dienstleistungen auf gesetzlicher Grundlage, von der Kita bis zum Pflegeheim. Damit stellen sie die Versorgung der ihnen anvertrauten Menschen sicher und erbringen einen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Gemeinnützigkeit ist Motor und Garant für eine lebendige Bürgergesellschaft. Wir sind überzeugt von Selbstgestaltungswillen und -kraft der Menschen. Daher fördern und ermöglichen wir Engagement und Ehrenamt und leisten damit einen Beitrag zur Demokratiebildung und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wer in den gemeinnützigen Vereinen, in Kultur, Sport, Politik und Wohlfahrtspflege die Erfahrung macht, seine Umwelt selbst gestalten zu können, der wird immun gegen antidemokratische Tendenzen. Gemeinnütziges Engagement in Vereinen, das ist gelebte Demokratie - und das ist gerade jetzt deshalb wichtig, weil immer mehr Menschen sich einflusslos und ausgeliefert fühlen.

Jeder gemeinnützige Verein, jede Elterninitiative, die z.B. eine Kita selbst betreibt, bindet dieses demokratische Potential und bringt damit zivilgesellschaftliches Kapital ein. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Wert gemeinnütziger Organisationen.

Daher braucht Gemeinnützigkeit politisches Gehör, politische Unterstützung und eine Interaktion auf Augenhöhe, eine von Vertrauen (und nicht Misstrauen) geprägte Verhandlungskultur, keinen Rechtfertigungsdruck, keine Knebelungen und keine Unterstellungshaltung seitens der Behörden und Verhandlungspartner. Leider hat sich hier eine solche Kultur an verschiedenen Stellen eingeschlichen und angesichts schwieriger Rahmenbedingungen verschärft sich diese.

Prüfungen und Kontrollen sind auch für den gemeinnützigen Bereich wichtig und notwendig, dürfen nur nicht zum Selbstzweck behördlicher Daseinsberechtigung missbraucht werden. Hier müssen wir stärker an einer Vertrauenskultur arbeiten.



Gemeinnützigkeit, als Form des Wirtschaftens, sollte in vielen sozialen Bereichen der Daseinsvorsorge, in Pflege, Gesundheit und sozialer Arbeit Vorrang vor gewerblichen Unternehmen und staatlichen Angeboten haben.

Deshalb fordern wir: **Vorfahrt für Gemeinnützigkeit!**



## **Impressum**

Der Paritätische Rheinland-Pfalz | Saarland e.V.  
Landesgeschäftsstelle Saarbrücken  
Feldmannstr. 92, 66119 Saarbrücken

Landesgeschäftsführer: Michael Hamm

**Redaktion:** Jens Stoewesand

**Titelmotiv:** Landtag Mainz- rlp.de

[www.paritaet-rps.org](http://www.paritaet-rps.org)